

Future Democracies

Über die Zukunft des demokratischen Versprechens

Peter Kurz

»Demokratie ist die Beteiligung an den Regeln der eigenen Begrenzung« – so kann man es im Anschluss an Hannah Arendt formulieren. Sie beschrieb politische Freiheit nicht als Freiheit vom Staat, sondern als Freiheit im gemeinsamen Handeln – als Selbstermächtigung durch Teilhabe. Die Demokratie ist somit keine bequeme Staatsform. Die Herrschaft »durch und für das Volk« verlangt von allen oder zumindest einer deutlichen, konstruktiven Mehrheit, mehr als die eigenen Interessen und Freiheiten in den Blick zu nehmen. Die Spannung von Freiheit und Verantwortung, die sich für alle ergibt, ist das Wesen der Demokratie.¹

Dieses Ideal war immer eine Zumutung. Die äußere Form der Demokratie, der simple Mehrheitsentscheid und die Anerkennung individueller Freiheit sichern das Ideal gerade nicht. Darin liegt ihre Gefährdung. Von Anfang an. Tocqueville bewunderte die amerikanische Demokratie und fürchtete zugleich, was er in ihr sah: die Tyrannei der Mehrheit, die schleichende Nivellierung, den Rückzug ins Private.²

Diese Risiken zeigen sich in neuer Qualität. Und die Grundfrage der Sicherung der Demokratie steht mit nicht erwarteter Dringlichkeit auf der Tagesordnung. Wenige Jahrzehnte nach ihrem scheinbaren »Sieg« sind die liberalen Demokratien unter massivem Druck – und dies nicht nur aufgrund der dem Konzept der Demokratie innewohnenden Spannung.

Die Zahl der sogenannten vollständigen Demokratien ist sowieso gering und selbst die Zahl der noch als eingeschränkte Demokratien zu bezeichnenden Länder sinkt. Der Rückzug ist real. So besorgniserregend der äußere

1 Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben* (1960) und *Über die Revolution* (1963).

2 Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika* (1835/1840).

Druck durch autoritäre Regime und ihre Anhänger ist: er trifft auf Demokratien, die sich nicht (mehr) als Lebensform verstehen – und dies auch nicht mehr vermitteln. Es bleibt das Wahllokal, die Mehrheitsregel, das Verfahren – verloren geht der Geist der verantwortlichen Beteiligung. Die untrennbare Verknüpfung mit der Idee der Gleichheit der Menschen und der damit notwendigen Begrenzung der Mehrheit durch das Recht.

Die Ursachen sind vielfältig: Die Individualisierung moderner Gesellschaften hat das Gemeinsame geschwächt. Eine Aushöhlung von Werten durch eine dominante Orientierung an Erfolg, Sichtbarkeit und materiellem Wohlstand zerstört auch den für die Demokratie notwendigen Gemeinschaftsbezug. Die soziale Marktwirtschaft, jenes europäische Nachkriegsexperiment einer relativen Gleichheit und dynamischen Entwicklung eines Mittelstands, verlor nach dem Ende des Systemwettbewerbs von einigen politische Unterstützung. Der Wohlfahrtsstaat geriet als »Hemmnis« dynamischer Entwicklung ins Visier. Und mit der globalen Wettbewerbsorientierung seit Beginn der 90er Jahre wurden die Antworten auf die Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit immer schwächer: auf wachsende Ungleichheit, auf die Ausbeutung des Planeten, auf eine notwendige Anpassung der Wirtschaft, die viele zurücklässt. Und nicht zuletzt bot die völlige Veränderung des kommunikativen Raums und der Verlust gemeinsamer kommunikativer Erfahrung einem gezielten Angriff auf alle Bedingungen der Demokratie – Vertrauen, Wohlwollen, Sachbezug und Faktenbasis – einen unvergleichlichen Nährboden. In diesem Raum gilt: Wer die Demokratie am lautesten angreift, wird dafür belohnt.

Das von Karl Popper direkt nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus beschriebene Paradoxon der Demokratie ist so jeden Tag zu besichtigen: die Demokratie bietet die Freiheiten für den Angriff auf sie selbst. Der Angriff auf die Demokratie kommt im Gewand eines Rufs nach »Herrschaft des Volkes«. Die Demokratie, in ihrer Toleranz, ihrer Langsamkeit, ihrer Vielstimmigkeit, scheint diesem Angriff wenig entgegenzusetzen zu haben.

Was also ist zu tun? Was ist die Zukunft der Demokratie? Vielleicht liegt die Antwort in einem Blick zurück, genauso wie in einem Blick nach vorn. Im Blick zurück dergestalt, dass die Versprechen und Zumutungen der Demokratie nach wie vor aktuell sind und in ihrem Wesen immer eine Utopie und einen Auftrag enthielten, die wir aktualisieren müssen. So wie Jürgen Habermas vom unvollendeten Projekt der Moderne und der Aufklärung sprach, müssen

wir die Arbeit an der Demokratie nicht als Auftrag zur Verteidigung, sondern als Auftrag zur Realisierung verstehen.³

Dabei können und sollten wir Bezug nehmen auf das, was wir schon einmal gewusst haben. Die Mannheimer Historikerin Andrea Kehnel hat dies für den Gedanken einer nachhaltigen Praxis unter dem Titel »Wir konnten auch anders« gezeigt. Das ist keine Nostalgie, sondern eine Ermutigung: Die Gegenwart ist nicht alternativlos.

Das hergebrachte Verständnis von Demokratie sich wieder anzueignen und als zentrale Bildungsanforderung zu verstehen, ist keine neue Empfehlung, sondern eine sträflich vernachlässigte Praxis, die wiederbelebt werden kann. Losverfahren zur Sicherstellung von Perspektivenvielfalt als Ergänzungen klassisch repräsentativer Formen sind Innovationen, zugleich aber auch ein Rückgriff auf schon einmal realisierte Konzepte, die bis in die athenische Demokratie zurückweisen.

Neue Formen der Kooperation zwischen Kommune, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wirtschaft und Einwohnerschaft, werden zudem weltweit entwickelt, um demokratische Handlungsfähigkeit zu stärken. Weitere neue Initiativen entstehen, um lokale Öffentlichkeit – eine Öffentlichkeit der Information und des Austauschs, nicht der Empörungssresonanz – herzustellen. Sie reichen von lokalen Apps und virtuellen Plattformen über die Organisation neuer Begegnungsformate und Orte bis zur Aktivierung von schrumpfenden lokalen Gemeinschaften durch Einladung und temporäre Anwesenheit von »Pionieren«.

Hinter all den Praktiken der Weiterentwicklung der Demokratien steht ein zentraler Gedanke: Teilhabe, Verantwortung, Gemeinschaft und Wirksamkeit erfahrbar zu machen. Dies gelingt allerdings kaum, wenn nur Prozesse verändert werden. Dies muss getragen sein von einem Zutrauen in die der Demokratie innewohnenden, visionären Kraft. Viele politische Akteure trauen den Menschen und damit sich selbst zu wenig zu: Stagnation und Starrheit werden so zur selbsterfüllenden Prophezeiung. Jürgen Habermas sprach von einer »normativen Unterforderung« der Wählerschaft durch die Parteien – sie adressieren die Bürgerschaft selten als mündige politische Akteure, sondern als Konsumenten von Sicherheitsversprechen.

Die Zukunft der Demokratie liegt deshalb in der geduldigen, unspektakulären, aber durchaus Emotionen auslösenden Arbeit am nie vollendeten

3 Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (1962) und *Die Moderne – ein unvollendetes Projekt* (1980).

Projekt der Aufklärung, verstanden als umfassendes Befreiungsprojekt, das Gleichheit nicht nur formal, sondern substanziell meint. Dazu gehört der Blick in die Geschichte genauso wie der Blick in die Welt. Und dazu gehört ein Bewusstsein, dass diese Aufklärung ästhetische Erziehung und Bildung braucht. Der biografisch so eng mit Mannheim verbundene Friedrich Schiller argumentierte in seinen *Briefen über die ästhetische Erziehung des Menschen*, dass politische Freiheit innere, durch Kunst und Bildung gewonnene Freiheit voraussetzt – und sah nur so einen Weg, die Gefahren der bloßen Mehrheitsherrschaft einzudämmen. Wer die aktuelle Weltlage und die Akteure betrachtet, erkennt, wie hochaktuell seine Gedanken zum Zusammenhang von Ästhetik und Moral sind.

Ein Filmfestival, das als kommunaler Blick in die Welt gegründet wurde, als Brückenschlag einer Gemeinschaft über ihre eigenen Grenzen hinaus, ist daher selbst ein Beitrag, im beschriebenen Sinne die demokratische Vision erlebbar zu machen. Es ist demokratische Praxis: Es schafft Öffentlichkeit. Es erzeugt Perspektivenvielfalt. Es lädt ein zur Begegnung mit dem Fremden – und das Fremde ist, seit Tocqueville, die wichtigste Schule der Demokratie. Film ist ein Medium der Empathie, der Komplexität, des Nicht-Vereinfachens. Es ist eine Schule des Sehens und Verstehens.

Festivals wie das Internationale Filmfestival Mannheim-Heidelberg gestalten das mit, was der Staat und Politik alleine nicht leisten können: Sie schaffen den gemeinsamen Erfahrungsraum, aus dem demokratisches Handeln erst erwachsen kann. Sie erinnern daran, dass Demokratie keine Verwaltungsform ist, sondern eine Lebensform – eine, die Neugier verlangt, Gleichheit annimmt und anstrebt, Zumutung aushält und Vielstimmigkeit nicht als Problem, sondern als Chance begreift.

Das Internationale Filmfestival Mannheim-Heidelberg ist als Teil einer neuen demokratischen Kultur vor 75 Jahren gegründet worden – nicht zuletzt als Bildungsauftrag für den Kern der Gesellschaft. Dieser Auftrag bleibt und ist immer wieder neu zu aktualisieren und ist einer der unverzichtbaren Beiträge, dem Versprechen der Demokratie weiter eine Zukunft zu geben.